

Antrag

der Abgeordneten Steffen Kotré, Joachim Wundrak, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, René Springer, Marc Bernhard, Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Humanitäre Katastrophe lindern – Sanktionen gegen Syrien aufheben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In Syrien findet unter den Augen der Welt eine humanitäre Katastrophe statt. Das Erdbeben forderte tausende Tote und Verletzte. Christliche wie islamische Hilfsorganisationen rufen die EU und die USA auf, sofort die Sanktionen gegen Syrien aufzuheben, um die Versorgung mit dem Nötigsten – Lebensmittel, Medikamente, Heizöl und Treibstoff – sicherzustellen (vgl. www.german-foreign-policy.com/news/detail/9157). Bereits vor dem katastrophalen Erdbeben hatten 12,4 Millionen Syrer – fast 60 Prozent der Bevölkerung – nicht genug zu essen (2021). Das ist ein erschütternder Anstieg um fast 4,5 Millionen Menschen seit 2019. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung sind unter die Armutsgrenze gerutscht und auch landesweit nimmt die Armut zu, da die Familien ihre Ersparnisse aufgebraucht haben und gleichzeitig die Preise für Lebensmittel, Heizöl und Güter täglichen Bedarfs innerhalb von sechs Monaten um 100 Prozent gestiegen sind. Um die Kosten für eine Monatsration Lebensmittel aufwenden zu können, müssten Syrer 11,5 Wochen arbeiten. Vorausgesetzt, sie finden Arbeit.¹ Zwölf Millionen Menschen sind von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten zwei Jahren, also noch vor Beginn des Ukraine-Kriegs, um 800 Prozent gestiegen. 47 Prozent der Syrer – fast die Hälfte der Bevölkerung – sind auf unsichere Alternativen zu Trinkwasser angewiesen². Dies sind Angaben des UN-Welternährungsprogramms (WFP).

Vor Ort tätige christliche Hilfsorganisationen, wie Kirche in Not oder CSI-Deutschland, weisen auf die Not der Menschen in Syrien hin: Viele Menschen hätten nur ein bis zwei Stunden am Tag Strom, die Wasserversorgung funktioniere in vielen Regionen nicht. Durch die hohe Inflation können die Menschen in Großstädten wie Aleppo oder Damaskus die Miete nicht mehr bezahlen. Ein Familienvater in Aleppo verdiene durchschnittlich umgerechnet um die 30 Euro im Monat. „Allein die Miete beträgt aber

¹ www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/fact_sheets/countries/factsheet-syrien.pdf

² <https://reliefweb.int/report/syrian-arab-republic/11-years-conflict-hunger-historic-levels-millions-syrians-hang-thread>

40 bis 50 Euro; in der Hauptstadt Damaskus sogar noch mehr, 60 bis 80 Euro. Wie soll das funktionieren?³

Ursächlich für das humanitäre Desaster in Syrien sind – neben den Kriegsschäden, der libanesischen Finanzkrise und COVID-19 bzw. den entsprechenden Maßnahmen – die von den USA und der EU verhängten Sanktionen. Diese wirken als Verstärker der genannten Ursachen und führen Syrien, einen Staat, der 2011, im Jahr des Beginns des Bürgerkriegs, für den Nahen Osten ein relativ hohes Durchschnittseinkommen hatte, in die humanitäre Katastrophe.

2011 befand sich Syrien auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung. Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug 73,3 Jahre (zum Vergleich 1990: 69,8 Jahre), das BIP pro Kopf lag bei 13.286 US-Dollar (kaufkraftbereinigt). Zum Vergleich: das BIP pro Kopf lag im Jahr 1990 noch bei 4.198 US-Dollar. Damit hatte sich der syrische Wohlstand innerhalb von gut 20 Jahren verdreifacht.⁴ 2011 lag Syrien im Human Development Index auf Rang 109, 2021 nur noch auf 150 (von 191 Staaten).

Dass Sanktionen die humanitäre Krise erheblich verstärken, wird durch zahlreiche Äußerungen aus internationalen Organisationen, wie von Vertretern der US-Administration, belegt. Im November 2022 sagte Alena Douhan, UN-Sonderberichterstatterin, zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen (Sanktionen): „Ich bin zutiefst betroffen durch die einschneidenden Auswirkungen auf die Menschenrechte und die humanitäre Situation durch die unilateralen Zwangsmaßnahmen gegen Syrien und die vollkommene ökonomische und finanzielle Isolation eines Landes, dessen Bevölkerung darum kämpft, nach einem jahrzehntelangen Krieg ein lebenswürdiges Leben zu führen“.⁵

Im März 2022 sagte der Vorsitzende der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die Arabische Republik Syrien, dass „trotz humanitärer Ausnahmeregelungen (...) viel mehr erforderlich“ sei, „um die Folgen für das tägliche Leben der Zivilbevölkerung zu mildern, die durch die Übererfüllung (over-compliance) der Sanktionen verursacht werden, die zu Engpässen führen und die Hilfe behindern“.⁶

Der ehemalige Sonderbeauftragte der USA für Syrien, James Jeffrey, sagte im Dezember 2020: „Und natürlich haben wir den Druck auf Assad durch Isolation und Sanktionen erhöht, wir haben keine Wiederaufbauhilfe geleistet, und das Land braucht sie dringend. Sie sehen ja, was mit dem syrischen Pfund passiert ist, Sie sehen, was mit der gesamten Wirtschaft passiert ist. Es war also eine sehr effektive Strategie“.⁷ Der Direktor des Nationalen Sicherheitsrats der USA für Syrien unter Präsident Trump, Andrew Tabler, pflichtete dem im Juli 2021 bei: „Die 2019 eingeführten US-Sanktionen haben den wirtschaftlichen Druck auf Assad drastisch erhöht und dazu beigetragen, dass der Wechselkurs zwischen dem syrischen Pfund und dem US-Dollar seit Ende 2019 um rund 250 Prozent gesunken ist, die Kassen des Regimes stark geleert wurden und die Subventionen des Regimes entsprechend gekürzt wurden, was die Treibstoff- und Lebensmittelknappheit für die syrische Bevölkerung verschärft hat“.⁸

Die christliche Hilfsorganisation CSI-Deutschland stellte im November 2022 zu den Sanktionen fest: „Die Sanktionen gegen Syrien haben an der derzeitigen humanitären Krise einen wesentlichen Anteil. Die Sanktionen machen es beispielsweise extrem

³ www.katholisch.tv/detail/?vid=wyjZNIga6k

⁴ <https://countryeconomy.com/hdi/> sowie <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

⁵ www.ohchr.org/en/node/104160

⁶ www.ohchr.org/en/statements/2022/03/statement-paulo-pinheiro-chair-independent-international-commission-inquiry

⁷ www.al-monitor.com/originals/2020/12/trump-syria-envoy-jeffrey-mideast-policy-turkey-erdogan.html

⁸ www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-07-27/search-syria-strategy

schwierig, Infrastruktur zu reparieren oder Ersatzteile für das Stromnetz oder medizinische Geräte zu bestellen. Die Sanktionen gegen die syrische Zentralbank verunmöglichen den Syrern den freien Handel mit dem Ausland. Auch hindern die Sanktionen die Syrer daran, Treibstoff zu importieren. Dadurch werden Brennstoffe und Strom knapp, was wiederum die Bewässerung von Feldern, den Transport von Lebensmitteln, die Kühlung von Impfstoffen oder die Beleuchtung in Schulen erschwert“.⁹

Insgesamt haben die USA und die EU über 2600 Sanktionen gegen Syrien erlassen, davon 2598 vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.¹⁰ Damit ist Syrien – nach Russland und dem Iran – das Land mit den meisten verhängten Sanktionen weltweit. Insbesondere die US-Sanktionen sind verhängnisvoll, da besonders weitgehend. Diese umfassen u. a. Sanktionen gegen jegliche Transaktionen mit der syrischen Zentralbank, die im Caesar Syrian Civilian Protection Act (seit Juli 2020 in Kraft) auf alle Personen weltweit ausgedehnt wurden, die mit der syrischen Zentralbank Geschäfte machen.¹¹ Oftmals werden Konten in der EU gesperrt, durch die humanitäre Hilfsorganisationen Zahlungen für Lebensmittel oder Medikamente nach Syrien abwickeln.

Die humanitären Ausnahmen, beispielsweise bei Caesar vorgesehen, lassen sich in der Praxis sehr schwer anwenden, wie ein Bericht des Schwedischen Roten Kreuzes zeigt.¹² Zudem stellt sich die bereits erwähnte Problematik der Übererfüllung (over-compliance).

Die Auswirkungen der durch US- und EU-Sanktionen mitverursachten humanitären Katastrophe in Syrien führen dazu, dass viele Syrer das Land verlassen. Der Migrationsstrom schwillt an. Insbesondere Christen verlassen das Land, das bei Beginn des Bürgerkriegs noch zu 10 Prozent christlich geprägt war und zu den ältesten christlichen Staaten weltweit gehört. 69 Prozent der Christen haben das Land bereits verlassen, in Syrien bleiben derzeit noch 140.000 christliche Familien.¹³ Vor diesem Hintergrund einer kriegs- und sanktionsbedingt äußerst schwierigen sozioökonomischen Lage ist die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga ein Hoffnungsschimmer für das syrische Volk (vgl. www.tagesschau.de/ausland/asien/syrien-arabische-liga-102.html).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf EU-Ebene sowie mit den USA darauf hinzuwirken, dass alle Wirtschaftssanktionen gegen Syrien schnellstmöglich aufgehoben werden;
2. bis zur vollständigen Beendigung der Wirtschaftssanktionen ein Instrument einzurichten, welches gewährleistet, dass Hilfsorganisationen Gelder an ihre Projektpartner überweisen können, ohne dafür durch Sanktionen belangt zu werden oder das Konto gesperrt zu bekommen;
3. Kontakte zwischen dem Auswärtigen Amt und der Vertretung der Arabischen Republik Syrien in Berlin aufzunehmen, um die Auswirkungen der Sanktionen auf die syrische Zivilbevölkerung zu dokumentieren und die humanitäre Zusammenarbeit zu koordinieren;

⁹ <https://csi-de.de/artikel/sanktionen-gegen-syrien-ein-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit/>

¹⁰ www.focus.de/finanzen/sanktionen-warum-die-usa-den-deutschen-export-beschaedigen_id_179766112.html

¹¹ www.congress.gov/bill/116th-congress/house-bill/31

¹² www.alnap.org/help-library/the-burden-of-the-unintended-the-humanitarian-consequences-of-sanctions-and-the-role-of

¹³ www.katholisch.tv/detail/?vid=wyjZNIga6k

4. deutsche Unternehmen, vor allem im Bereich der Wasseraufbereitung und Anlagentechnik sowie bei der Energieerzeugung vor EU- und US-Sanktionen wirksam zu schützen;
5. im Rahmen des Syrian Recovery Trust Fund der KfW im gleichen Maße Kommunen in den von der syrischen Regierung kontrollierten Regionen zu berücksichtigen.

Berlin, den 8. Mai 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion